

# Der Kompromiß

Das Jahr 1941, die Ordnung des Kalten Krieges und die Revolution der Weltpolitik / Von Professor Dr. Gregor Schöllgen

Das sich seinem Ende zuneigende 20. Jahrhundert wird als das Zeitalter der Krisen und Katastrophen in die Annalen eingehen. Kein zweites Jahrhundert hat das Ende so vieler Imperien gesehen, kein anderes so viele Kriege erlebt, darunter drei globale: den Ersten und den Zweiten Weltkrieg sowie jenen Kalten Krieg, der erst 1991 mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihres Imperiums, dem Ende der „Anti-Hitler-Koalition“ und der Vereinigung Deutschlands zu Ende ging.

Begonnen hatte dieser Konflikt ein halbes Jahrhundert zuvor, mitten im Zweiten Weltkrieg, als sich eine Koalition bildete, die das Weltgeschehen für die nächsten fünf Jahrzehnte bestimmen sollte, obgleich sie sich von Anfang an mehr durch ihre Differenzen und Gegensätze als durch ihre Gemeinsamkeiten auszeichnete. Daß sie sich überhaupt zusammenfand, lag an der deutschen Kriegführung seit dem Frühsommer jenes Jahres, die maßgeblich dazu beitrug, daß sich der am 1. September 1939 von Deutschland entfesselte europäische Krieg zum Weltkrieg ausweitete, und die diesem zugleich eine Dimension gab, die alles bis dahin Erlebte in den Schatten stellte. Schon deshalb nimmt das Jahr 1941 in der wechselvollen Entwicklung des 20. Jahrhunderts, ja in der Geschichte der Moderne insgesamt eine Sonderstellung ein.

Denn im Morgengrauen des 22. Juni 1941 brach ein Inferno los, wie es die Welt bis dahin nie erlebt hatte: Gegen drei Uhr 15 setzten mehr als drei Millionen deutsche Soldaten auf ganzer Front, von der Ostsee bis zu den Karpaten, zum Angriff auf die Sowjetunion an. Was sich dort in den folgenden Monaten und Jahren abspielte, entzieht sich auch heute noch weitgehend der Vorstellungskraft.

Die Zahlen, soweit sie überhaupt konkret faßbar sind, sprechen jedoch für sich: Am Ende wurden bis zu 30 Millionen Tote gezählt, die direkt oder indirekt auf das Konto der deutschen Kriegführung gingen; nach sowjetischen Angaben waren 65 000 Kilometer Eisenbahnverbindungen zerstört, 32 000 Betriebe, darunter große Industrieanlagen, vernichtet und alleine 70 000 Dörfer sowie zahlreiche Städte wie Stalingrad dem Erdboden gleichgemacht.

Aber nicht nur wegen dieser meßbaren Dimensionen des Grauens markiert der deutsche Krieg gegen die Sowjetunion einen tiefen Einschnitt in der in dieser Hinsicht nicht gerade armen europäischen Geschichte. Vielmehr wurde der Krieg von Anfang an auf eine bis dahin nicht gekannte Art geführt. Das gilt für die Kriegsverbrechen im engeren Sinn, die zu einem Teil auch durch reguläre Wehrmachtverbände verübt wurden und die mitunter erst jetzt systematisch erforscht werden. Das gilt aber vor allem für den rassenideologischen Vernichtungswahn des Nationalsozialismus, der sich mit dem Rußlandfeldzug ungehemmt entfaltet und dem alleine sechs Millionen europäische Juden zum Opfer fielen.

Für die, die das durchlitten und überlebt hatten, mußte der Tag, an dem alles begonnen hatte, ein Wendepunkt sein. Fortan teilte man die Geschichte in ein „Davor“ und ein „Danach“. Am 29. Juni 1941, sieben Tage nach dem Überfall, erklärte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auf Geheiß Stalins den Kampf gegen die Deutschen zum „Großen Vaterländischen Krieg“. Noch bevor dieser mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Streitkräfte – nach vier Jahren und unter enormen Opfern – siegreich entschieden worden war, wurde die Erinnerung an ihn zum verbindenden und verbindlichen Mythos, der nicht zufällig erst ein halbes Jahrhundert später unterging – gemeinsam mit dem, was er zusammenhielt: der Sowjetunion, der kommunistischen Ideologie und der Herrschaft der Partei.

Nicht jedes Ereignis taugt für die Mythenbildung, und nur wenige Mythen leben so lange wie der vom „Großen Vaterländischen Krieg“. Gewiß, Stalin und seine Nachfolger taten das Ihre, um sein Überleben zu sichern. Dazu gehörte, daß man die Fortsetzung des „antifaschistischen Kampfes“ propagierte: Zwar waren Hitler und seinesgleichen vernichtet, nicht

aber die Strukturen, die sie an die Macht gebracht und getragen hatten. François Furet hat eindrucksvoll dargelegt, wie geschichtsmächtig dieser „Antifaschismus“ gewesen ist. Aber hätte dieser Mythos eine Chance gehabt ohne die Erinnerung an jenes Grauen, das am 22. Juni 1941 seinen Anfang genommen hatte?

Immerhin lebte nicht nur die Legende vom noch nicht besiegt Faschismus aus dieser Erinnerung, sondern auch, ganz real und praktisch, die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik seit jenem Tag. Wenn es eine Erkenntnis gab, die man im Kreml aus diesem Ereignis zog, dann die, daß sich das Geschehene nie wiederholen dürfe. Aus dieser begrifflichen Schlußfolgerung ergab sich nicht nur die folgenreiche politische Strategie, die Stalin gegenüber seinen westlichen Verbündeten seit dem Juni 1941 entwickelte; vielmehr lagen hier auch die Wurzeln der sowjetischen Deutschlandpolitik bis 1991.

Basis dieser Politik war der durch die Sowjets militärisch und politisch entscheidend gestaltete Status quo in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa. Die Westverschiebung Polens war seit 1944, die Zweiteilung des verbliebenen Deutschland seit 1955 endgültig Bestandteil dieser Ordnung. Seitdem hatten auch immer weniger westliche Beobachter einen Zweifel an der Dauerhaftigkeit dieser Pax sowjetica – in Washington, London oder Paris nicht und in Bonn spätestens seit dem August 1961, als die Teilung zementiert wurde, auch nicht.

Das hätte eigentlich in Moskau beruhigen müssen, tat es aber ganz offenkundig nicht. Es blieb vielmehr ein herausragendes Anliegen der sowjetischen Diplomatie, diesen Status quo auch und vor allem durch die Bundesrepublik anerkennen zu lassen, was mit dem sogenannten Moskauer Vertrag im August 1970 und fünf Jahre darauf noch einmal durch die Schlußakte der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ geschah.

Es muß auf den ersten Blick überraschen, wie hartnäckig die Sowjetunion – als eine der beiden Führungsmächte der Welt, als Hegemonialmacht im östlichen Teil des Kontinents und als atomare Supermacht – darauf bestand, daß der nur eingeschränkt handlungsfähige sowie politisch, wirtschaftlich und natürlich auch militärisch fest in die westlichen Gemeinschaften integrierte bundesdeutsche Rumpfstaat die gegebenen Verhältnisse anerkannte. Daß von der Bonner Republik die Gefahr einer Revision der gegebenen Machtverhältnisse ausgehen könne, war schon deshalb auszuschließen, weil Bonns Verbündete das nie und nimmer zugelassen hätten.

Nein, für das zähe Bemühen des Kreml um eine Anerkennung der Nachkriegsverhältnisse durch die rheinische Republik gab es andere Gründe, allen voran die Erinnerung: Immerhin hatten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts deutsche Truppen zweimal Rußland beziehungsweise die Sowjetunion überfallen. Zwar hatte das Reich in keinem Fall den Sieg über seinen großen östlichen Nachbarn davontragen können, wohl aber hat der erste Krieg zur Auflösung des zaristischen Rußland geführt und der zweite die deutschen Truppen vor Moskau gesehen, von der Art der deutschen Kriegführung gar nicht zu reden. Dabei waren 1941 gerade einmal zwei Jahrzehnte verstrichen, seitdem Deutschland 1919 durch den Versailler Vertrag territorial und wirtschaftlich nachhaltig geschwächt sowie als Militärmacht praktisch ausgeschaltet worden war. Und ohne die westlichen Kampfgefährten, mit denen man sich im Dezember 1941, als das Donnern der deutschen Geschütze in der sowjetischen Hauptstadt zu hören war, in einem Boot wiederfand, wäre das Schicksal der Sowjetunion wohl besiegelt gewesen.

Dieses Zusammengehen war ein bemerkenswerter Vorgang. Hitlers Krieg hatte mit Gewalt etwas zustande gebracht, was aus freiem Entschluß bis dahin nicht möglich erschienen war: ein gemeinsames militärisches Vorgehen Großbritanniens und der Sowjetunion gegen das Deutsche Reich. Bis zum 22. Juni 1941 wäre die Bekanntgabe einer solchen Koalition einer Sensation gleichgekommen.

Bis dahin nämlich hatte Großbritannien ebenso wie die Sowjetunion, jedenfalls zeitweilig, mit Hitlers „Drittem Reich“ kooperiert. Die britischen Politiker hatten seit Mitte der dreißiger Jahre, mehr oder weniger konsequent, einen Kurs des „Appeasement“ gesteuert, und der sowjetische Diktator hatte sich, unter anderem deshalb und beginnend mit dem „Hitler-Stalin-Pakt“, im Sommer 1939 einstweilen auf eine Kooperation mit dem deutschen Despoten festgelegt. Die britisch-russische Zusammenarbeit aus der Zeit des Ersten Weltkrieges hatte sich hingegen seit der Oktoberrevolution 1917 mit großen Schritten ins Gegenteil verkehrt. Der Antibolschewismus war auf der Insel – wie auch schon in Europa – die vorherrschende Grundstimmung.

Der 22. Juni 1941 mußte all das überdecken. Für die Verbündeten wider Willen ging es um nichts weniger als ums nackte Überleben. Ob ihnen das ohne den Eintritt

Ordnung von Anfang an ein Kompromiß: Das gilt auch für den offiziell nie gefaßten Entschluß, mit Deutschland keinen Frieden zu schließen und also die deutsche Frage nicht zu lösen, jedenfalls nicht förmlich.

Indessen konnten alle gut mit diesem Kompromiß leben, schließlich auch die Deutschen und von Anfang an die Sowjets. Denn in allen für ihn wichtigen Fragen setzte sich Stalin durch, weil Roosevelt den sowjetischen Kriegseintritt gegen Japan für unabdingbar hielt und Stalin sich die Zusage teuer erkaufen ließ; weil die Rote Armee Tatsachen schuf, die am Verhandlungstisch nicht mehr revidierbar waren; und weil Stalin das Sicherheitsargument auf seiner Seite hatte: Nach dem, was sich vier Jahre lang auf sowjetischem Territorium ereignet hatte, konnte die Verteidigung der Sowjetunion nie mehr an der eigenen Grenze beginnen. Daran hat sich bis zu ihrem und damit bis zum Ende

supranationaler Gemeinschaften. Im Westen des Kontinents geschah das – mehr oder minder – freiwillig. Im Osten zwang Stalin den Völkern auch in dieser Hinsicht die neue Ordnung auf.

Doch nichts ist von Dauer, schon gar nicht die Zwangsherrschaft. Je stärker die alten Mythen vom „Großen Vaterländischen Krieg“ und vom andauernden „antifaschistischen Kampf“ zu bröckeln, je mehr die Erinnerungen an das Grauen zu verblasen und dem Leiden an Stalins „Ordnung“ zu weichen begannen, um so deutlicher verloren sie ihre bindende Kraft. Jetzt zeigte sich auch, daß die Konsequenzen, die Stalin aus der Katastrophe des Jahres 1941 gezogen hatte, keine Zukunft besitzen konnten. Denn die sowjetische Politik lebte nicht aus sich, sondern aus der Abgrenzung. Der Westen, Imperialismus und Faschismus, vor allem aber die Deutschen, mußten auch dann noch als Feinde erhalten, über die man sich de-

die Revolution der Weltpolitik des ausgehenden 20. Jahrhunderts, vergleichbar den Umwälzungen des ausgehenden 18. und beginnenden 20. Jahrhunderts.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion hatte vielfältige Ursachen, allen voran die vollständige Erschöpfung der wirtschaftlichen Ressourcen, die mangelnde Flexibilität der staatsstragenden Ideologie, die Erschütterung des militärisch-strategischen Selbstbewußtseins nach dem Afghanistan-Debakel, die schonungslose Überdehnung der imperialen Kräfte und gewiß nicht zuletzt: die Unterdrückung und Unterschätzung nationaler Vielfalt und Eigenständigkeit. Der Zerfall der Sowjetunion und ihres Imperiums war auch Ausdruck eines allgemeinen Trends hin zur Renationalisierung weiter Teile Europas. Weil der Kalte Krieg auch alle nationalen Regungen eingefroren hatte, fiel das Ende des einen fast zwangsläufig mit der Renaissance der anderen zusammen.

Eine mächtigere Demonstration geschichtlicher Logik hätte kaum ersonnen werden können. Immerhin stand die Sowjetunion wie kein zweiter Akteur des Kalten Krieges für dessen herausragendes Doppelprinzip: Nicht nur war und blieb sie die treibende Kraft, wenn es darum ging, die deutsche Frage von der Tagesordnung fernzuhalten. Vielmehr hielt sie auch alleine in ihren europäischen Grenzen ein halbes Dutzend und innerhalb des von ihr kontrollierten Machtbereichs in Europa noch einmal dieselbe Zahl von Nationen davon ab, sich als solche zu entfalten, darunter einen Teil Deutschlands. Und während die Menschen dort auf die Straße gingen und die vereinigte Nation zum Thema machten, gab es dieses am Rhein allenfalls noch auf dem Papier.

Denn wie kein zweiter Staat mit vergleichbarem Gewicht stand die alte Bundesrepublik für jenes internationale, ja supranationale Prinzip des Kalten Krieges, das ihr Perspektiven eröffnete. Zudem garantierte die westlichen Gemeinschaften ein hohes Maß an Sicherheit, und zwar in einem doppelten Sinn: Sie schützten die Bundesrepublik vor äußerer Bedrohung, und sie boten ihren Verbündeten die Gewähr, daß sie den deutschen Aufstieg unter Kontrolle halten konnten. Die feste Einbindung der Bonner Republik in die europäischen und atlantischen Gemeinschaften war eine unmittelbare Konsequenz aus der großen Katastrophe. Daß die vormaligen Gegner Deutschlands ihre Koalition im Jahre 1991 ohne diese Einbindung Deutschlands förmlich aufgelöst, daß sie ihren Kompromiß mit dem „Zwei-plus-vier“-Vertrag in eine definitive Regelung überführt und der Vereinigung Deutschlands zugestimmt hätten, ist auszuschließen.

Und so hängt, an der neuerlichen Epochenwende, einmal mehr einiges von Deutschland ab. War es ein hemmungsloser, rassenideologisch motivierter Nationalismus, der Europa und die Welt 1941 in die Katastrophe führte und damit ein anderes Zeitalter einläuterte, so stellt sich heute die Frage nach Deutschlands Rolle im postnationalen Zeitalter, auf die es wie kaum ein zweites Land vorbereitet scheint. Denn die Revolution der Weltpolitik brachte es mit sich, daß Deutschland durch die Hinterlegung der letzten, der sowjetischen Ratifikationsurkunde zum „Zwei-plus-vier“-Vertrag am 15. März 1991 die nationalstaatliche Einigung in einem Augenblick erlangte, als die Deutschen längst auf die Karte der Supranationalität gesetzt hatten.

Angesichts des unabwiesbaren, höchst dynamischen Trends zur Globalisierung aller Lebensbereiche ist das eine gute Voraussetzung für die Meisterung der kommenden Aufgaben; angesichts der Renationalisierung der europäischen Landschaft, die mit der Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 einen gewaltigen Schub erhielt, liegt hier allerdings auch eine beträchtliche Herausforderung. Einmal mehr, und nicht zum ersten Mal in diesem Jahrhundert, fällt den Deutschen damit eine große politische Verantwortung zu.

\* Der Autor lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Erlangen und ist Autor des soeben im Verlag C. H. Beck erschienenen Buches „Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941–1991“.



Im Morgengrauen des 22. Juni 1941 beginnt der deutsche Angriff auf die Sowjetunion.

Foto Süddeutscher Verlag

der Vereinigten Staaten von Amerika in ihre Koalition gelungen wäre, ist höchst zweifelhaft; und ob es Roosevelt ohne Hitlers Kriegserklärung vom 11. Dezember 1941 geschafft hätte, sein Land zu diesem Zeitpunkt in den Kampf gegen Deutschland und damit an die Seite der Sowjetunion zu führen, nicht minder. Galten nicht die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion seit 1917 als die Exponenten zweier unvereinbarer Prinzipien?

So hat die Bezeichnung dieser Kriegsalianz als „Anti-Hitler-Koalition“ in mehrfacher Hinsicht ihre Berechtigung. Kam sie zum einen maßgeblich durch Hitlers Politik und Kriegführung in der zweiten Jahreshälfte 1941 zustande, so war andererseits allen Beteiligten klar, daß Deutschland der Hauptgegner sei, den es vorrangig zu bekämpfen gelte. Schließlich aber bildete die gemeinsame Gegnerschaft gegen Hitler-Deutschland so etwas wie den kleinsten, wenn nicht den einzigen gemeinsamen Nenner, auf den sich die Mitglieder der Koalition verständigen konnten. Fest stand lediglich, daß Deutschland bedingungslos kapitulieren und an einem wie immer gearteten Wiederaufstieg gehindert werden müsse.

Alles andere war heftig umstritten, und als es um die Nachkriegsordnung ging, zeigte sich, wie sehr die „Anti-Hitler-Koalition“ eine Notlösung, eine unnatürliche Allianz war. Denn schon an der Frage, wie man einem deutschen Wiederaufstieg begegnen wollte, schieden sich die Geister, und da alle anderen Fragen mit der deutschen verbunden waren und weil Fortreibungen hier durch Konzessionen dort erhandelt werden mußten, war die gesamte

der durch Stalin geschaffenen Ordnung nichts geändert.

So war auch die Nachkriegsordnung, die schließlich fast ein halbes Jahrhundert Bestand haben sollte, durch das Jahr 1941 geprägt. Gewiß, die Wiedereingliederung der baltischen Staaten, Ostpolens und Moldawiens in den sowjetischen Staatsverband, der indirekte Zugriff auf Finnland und die mehr oder weniger direkte Kontrolle über die Staaten Südosteuropas, kurzum: der „Cordon sanitaire“ sowjetischer Façon, hatten schon auf der Wunschliste der Zwischenkriegszeit gestanden und zu jenen Forderungen zählt, die von Stalin 1939/40 an Hitler gerichtet, allerdings von diesem nur zum Teil erfüllt worden waren. Seit dem Juni 1941 jedoch war aus dem Wunsch eine unabwiesbare Notwendigkeit geworden.

Im übrigen kam Stalins eiserner Zugriff auf Südosteuropa seinen Koalitionspartnern im Laufe der Zeit in zumindest einer Hinsicht entgegen: Er zwang diesem traditionellen Unruheherd der Weltpolitik Stabilität auf – eine künstliche zwar, aber immerhin. Diese Disziplinierung der „Verbündeten“ fügte sich nahtlos in die Logik des Ost-West-Konflikts, die für fast ein halbes Jahrhundert eine hohe Stabilität garantiert hat: Im Angesicht der drohenden nuklearen Apokalypse mußte sie jede Eskalation im Keim ersticken, die zum Anlaß für ein direktes Kräftemessen der beiden Siegermächte hätte werden können. In Europa galt das traditionell für jene Konflikte, die sich aus der Perversion der nationalen Idee, also aus Nationalismus und Chauvinismus, entwickelten. Die Konsequenz bestand im Aufbau inter- und

finierte, ja legitimierte, als man mit ihnen längst Geschäfte und Verträge machte.

Die Dämmerstunde des Kalten Krieges, der Zusammenbruch der alten, seit 1941 errichteten Ordnung, ließ offenbar werden, wie instabil dieses Fundament gewesen war – und wie sehr es von der deutschen Frage lebte. Die Ordnung des Kalten Krieges, Stalins Ordnung, war eben aus jenem mühsam gezimmerten Minimalkompromiß erwachsen, auf den sich die Mitglieder der „Anti-Hitler-Koalition“ hatten einigen können. Ihre Entschlossenheit, einen wie immer gearteten Wiederaufstieg Deutschlands zu verhindern, war als Aufgabe für die Gegenwart genug; als Programm für die Zukunft taugte es nicht, weil die Absprache nur das Ziel bestimmte, aber weder den Weg, der dorthin führen sollte, noch die Konsequenzen, die daraus zu ziehen waren.

Schließlich aber konnte der Kompromiß deshalb nicht von Dauer sein, weil er eigentlich keiner war. Die künstliche Ordnung, auf die er hinauslief und die in der Deutschland teilenden Mauer ihren symbolträchtigen Ausdruck fand, war die zu starrer Realität verdichtete Konsequenz Stalins und seiner Nachfolger aus der Katastrophe des Jahres 1941.

Daß all das – immerhin – für fast ein halbes Jahrhundert Bestand hatte, lag in erster Linie an der Bedrohung durch die mehrfache nukleare Vernichtung, welche die Partner wider Willen aneinanderband, solange es die Sowjetunion gab. So war das Ende der Sowjetunion und der Ordnung, für die sie stand, allenfalls als Ergebnis eines Atomkrieges vorstellbar. Daß dieser nicht stattfand und die Sowjetunion dennoch von der historischen Bildfläche verschwand, hatte niemand erwartet; es war